

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 2

Artikel: Die Ueberalterung der schweizerischen Bevölkerung
Autor: Bertschi, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333464>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 10.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Feind: England!« war 1914 bis 1918 Kriegsruf und Massenlosung. Was Hitler auch leichtgläubigen Engländern je vorgespiegelt haben mag: seine Ziele und Leidenschaften sind alldeutsch: er haßt und verachtet England.

Die Ueberalterung der schweizerischen Bevölkerung

Von Rudolf Bertschi

Der anhaltende Geburtenrückgang bei fast allen europäischen Kulturvölkern hat in verschiedenen Ländern schon längst die Statistiker, Bevölkerungspolitiker, Militärschriftsteller, Wirtschafts- und Sozialpolitiker und zuletzt die Regierungen auf den Plan gerufen und neben zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen auch eine Reihe praktischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Geburtenschwundes gezeitigt. Auch die Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft hat für ihre Jahresversammlung in Liestal und Langenbruck vom 18. Juni 1938 »Die Ueberalterung der schweizerischen Bevölkerung, ihre sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen« als zeitgemäßen Verhandlungsgegenstand gewählt und ihn durch anerkannte Sachverständige behandeln lassen. Dr. W. Bickel, Adjunkt des Statistischen Amtes der Stadt Zürich, sprach über die Ueberalterung der schweizerischen Bevölkerung, Fürsprech P. Renggli, Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit, über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ueberalterung, der Sekretär der Stiftung »Für das Alter«, Dr. jur. W. Ammann, Zürich, untersuchte die Auswirkung der Ueberalterung auf die Altersversicherung und -fürsorge, und Bundesrat Dr. Etter schilderte den Geburtenrückgang als nationales Problem. Die Vorträge nebst anschließenden Diskussionsvoten sind mit einer »Vorausberechnung der schweizerischen Bevölkerung bis Ende 1960« vom Eidgenössischen Statistischen Amt im zweiten Heft 1938 der »Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft« erschienen. Ihr wesentlicher Inhalt ist im folgenden kurz zusammengefaßt:

1. Die Tatsachen.

Die Bevölkerung der Schweiz hat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung durch die Industrialisierung von 2,39 Millionen Menschen um das Jahr 1850 auf 3,315 Millionen im Jahr 1900 zugenommen. Der Geburtenüberschuß der Schweiz belief sich im Jahre 1901 auf 11 Promille. Wäre er in den nächsten Jahrzehnten auf dieser Höhe geblieben, so würde die Schweiz heute ungefähr 5 Millionen Einwohner statt der 4 066 400 des Jahres 1930 haben. Allein mit dem Jahre 1900 setzte ein starker Geburtenschwund ein, der bis heute nicht zum Stillstand gekommen ist. Gleichzeitig ging aber infolge der sich bessernden hygienischen Verhältnisse

auch die Sterblichkeitsziffer ständig zurück. Die Entwicklung von 1901 bis 1937 zeigt folgendes Bild:

Jahr	Lebend- geburten	Sterbe- fälle	Geburten- überschuß	Auf je 1000 Einwohner		
				Lebend- geburten	Sterbe- fälle	Geburten- überschuß
1901—1905	95 371	60 000	35 371	27,8	17,5	10,3
1906—1910	94 795	58 414	36 381	26,0	16,0	10,0
1911—1915	87 230	54 860	32 370	22,7	14,3	8,4
1916—1920	74 340	57 977	16 363	19,2	15,0	4,2
1921—1925	75 745	48 531	27 214	19,5	12,5	7,0
1926—1930	70 021	48 219	21 802	17,6	12,1	5,5
1931—1935	67 613	48 709	18 904	16,4	11,8	4,6
1936	64 966	47 650	17 316	15,6	11,4	4,2
1937	62 463	47 245	15 218	15,0	11,3	3,7

Obwohl die Bevölkerung der Schweiz im Zeitraum von 1900—1937 um rund 800 000 Seelen zunahm, wurden im Jahr 1937 rund 35 000 Kinder weniger geboren als im Jahr 1901. Die Wachstumsrate sank von 11 Promille auf 3,7 Promille, die Zahl der Lebendgeborenen auf je 1000 gebärfähige Frauen im gebärfähigen Alter (15. bis 45. Lebensjahr) von 266 im Durchschnitt der Jahre 1899—1901 auf 131 im Jahr 1936. Der Geburtenrückgang war bei der bauerlichen Bevölkerung geringer als in den Städten und Industriebezirken, bei den Katholiken geringer als bei den Protestanten. — Dagegen ist die mittlere Lebensdauer der Schweizer in den letzten 30 Jahren von 49,25 auf 59,25 Lebensjahre gestiegen. Von 10 000 neugeborenen Knaben konnten nach der Absterbeordnung von 1876/80 nur etwa 2000 hoffen, 70 Jahre alt zu werden, nach der Absterbeordnung von 1928/32 dagegen rund 4000. Wäre mit der Geburtenziffer nicht gleichzeitig die Sterblichkeitsziffer gefallen, so würde die Bevölkerung der Schweiz bereits abgenommen haben.

Statt dessen hat sich nur der Altersaufbau des Schweizervolkes wesentlich verschoben. Das geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Jahr	Kinder bis zu 14 J.	Erwerbsfähige 15—64 J.	Greise 65 u. mehr J.	auf je 1000 Einwohner		
				Kinder	Erwerbs- fähige	Greise
1910	1 173 240	2 362 275	217 778	313	629	58
1930	998 391	2 788 204	279 805	245	686	69

Im Jahr 1930 trafen sohin auf je 1000 Einwohner 68 Kinder weniger als im Jahr 1910, dagegen 57 Erwerbsfähige und 11 Greise mehr. Die fortschreitende Ueberalterung der weiblichen Bevölkerung zieht eine Abnahme der ehelichen Fruchtbarkeit nach sich, da die Frauen unter 25 Jahren verhältnismäßig die meisten Geburten aufzuweisen haben. Je 1000 Schweizer Ehefrauen unter 24 Jahren gebaren nämlich im Jahre 1932 noch 345 Kinder, die 25—29 Jahre alten Ehefrauen gebaren 232, die 30—34 Jahre alten gebaren 153, die 35—39 Jahre alten noch

86 und die Ehefrauen im Alter von 40—44 Jahren nur mehr 32 Kinder. Im Jahre 1936 waren die entsprechenden Kinderzahlen auf 320, 222, 144, 78 und 29 zurückgegangen.

Gefallen ist auch der sogenannte Reproduktionskoeffizient. Diese Zahl gibt an, wieviel weibliche Kinder ein neugeborenes Mädchen bei den herrschenden Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsverhältnissen im Laufe seines Lebens zur Welt bringen wird. Sie muß zur Erhaltung des Bestandes der weiblichen Bevölkerung mindestens 1 sein, das heißt 10 000 neugeborene Mädchen müssen, wenn sich die Bevölkerung nicht vermindern soll, im Laufe ihres Lebens mindestens 10 000 weiblichen Kindern das Leben schenken. Ist aber der Reproduktionskoeffizient kleiner als 1, so muß die Bevölkerung schließlich abnehmen. Nun beträgt die zuerst von Dr. Arthur Linder berechnete Reproduktionsziffer der Schweiz für das Jahr 1932 nur 0,84, im Jahre 1935 ist sie auf 0,80 und im Jahre 1936 auf 0,78, in Zürich sogar auf 0,49 gefallen. Um einen Reproduktionskoeffizienten von 1 zu erhalten, hätte die Zahl der Geburten in der Schweiz im Jahre 1936 nicht rund 65 000, sondern 83 300 sein müssen.

2. Die voraussichtliche weitere Entwicklung.

Das Eidgenössische Statistische Landesamt hat auf Grund der Sterbe-, Heirats- und Scheidungstafeln für 1929/32 sowie der Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1936 Bestandeszahlen über die schweizerische Bevölkerung bis zum Jahre 1960 aufgestellt. Die möglichen Wanderungen (Ab- und Zuwanderungen) wurden darin nicht berücksichtigt, weil darüber keine Voraussage möglich ist. Die Berechnung geht von der Annahme aus, daß die in den letzten Jahrzehnten aufgetretenen Tendenzen in der Bevölkerungsbewegung, nämlich der Rückgang sowohl der Sterblichkeit als auch der ehelichen Fruchtbarkeit, sich stetig mildern werden, um im Jahre 1960 einigermaßen zum Stillstand zu gelangen. Die erstere Ausnahme beruht auf der Tatsache, daß die heute noch sehr starken mittleren Altersklassen einmal ins Sterbealter kommen und dadurch eine Erhöhung der Sterblichkeitsziffer verursachen werden. Der Verlängerung der Lebensdauer sind eben natürliche Grenzen gesetzt. Andererseits könnten die Menschen theoretisch zwar auf jede Fortpflanzung verzichten, das Eidgenössische Statistische Amt hat jedoch angenommen, daß das heutige Zwei- bis Dreikindersystem in den nächsten Jahrzehnten nicht völlig durch das Einkindersystem ersetzt wird.

Hiernach würde die Bevölkerung der Schweiz von 4 066 000 des Jahres 1931 im Jahre 1945 auf 4 245 000 steigen, im Jahre 1960 jedoch auf 4 095 000 gefallen sein. Statt einer Kinderzahl (bis zu 14 Jahren) des Jahres 1930 von rund 1 Million würden im Jahre 1960 nur 680 000 Kinder vorhanden sein. Erwerbsfähige (im Alter von 15 bis 64 Jahren) würde man 2 941 000 zählen, statt der 2 788 000 des Jahres 1930. Die Zahl der Greise (alte Leute über 64 Jahre) würde im Jahre 1960 rund 470 000 betragen gegenüber den 280 000 des Jahres 1930. Auf je 1000 Einwohner würden sohin im Jahre 1960 noch 167 Kinder (gegen 245

im Jahre 1930), 718 Erwerbsfähige (statt der 686 des Jahres 1930) und 115 Greise (statt der 69 des Jahres 1930) treffen. Von je 1000 Einwohnern würden nur 393 (statt der 458 des Jahres 1930 und der 590 des Jahres 1910) in nicht erwerbsfähigem Alter (Kinder und Greise) sein. Von je 1000 Ehefrauen des Jahres 1960 würden 531 sich im Alter von 45 Jahren und darüber befinden, während diese Zahl im Jahre 1930 erst 414, im Jahre 1910 nur 358 betrug. Die Zahl der Haushaltungen würde bis zum Jahre 1955 ebenfalls noch zunehmen.

3. Die Auswirkungen der Ueberalterung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ueberalterung sind nach den Darlegungen des Direktors des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Fürsprech P. Renggli, ganz gewaltig, doch machen sie sich langsam geltend, so daß eine Anpassung an die durch sie eintretenden Aenderungen wohl möglich ist. In Mitleidenschaft gezogen werden vor allem die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings läßt sich durch statistische Berechnungen nur das voraussichtliche Angebot von Arbeitskräften, nicht dagegen die Nachfrage feststellen, die von anderen Umständen abhängig ist.

Von Jahr zu Jahr wird sich zunächst ein stärkerer Mangel an jugendlichen Arbeitskräften zeigen. Während im Jahre 1910 in der Schweiz noch rund 36 000 Knaben und annähernd ebensoviel Mädchen das 15. Lebensjahr erreichten, werden es im Jahre 1960 nur mehr je 25 000 sein. Die Zahl der Erwerbsfähigen (15—64 Jahre) war im Jahre 1930 um rund 430 000 höher als im Jahre 1910, sie wird bis 1950 um weitere 220 000 anwachsen, dagegen im Jahrzehnt von 1950 bis 1960 um rund 60 000 zurückgehen. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß ein großer Teil der erwerbsfähigen Frauen nicht berufstätig ist, den Arbeitsmarkt also nicht belastet. So war die Zahl der Berufstätigen im Jahre 1930 nur um 160 000 höher als im Jahre 1910, während die Zahl der Erwerbsfähigen um 430 000 gestiegen war.

Innerhalb der erwerbsfähigen Gruppe wird sich eine große Altersumschichtung vollziehen. Sie hat nach der Schweizer Fabrikstatistik bereits im Jahre 1910 begonnen. So machten im Jahre 1911 die jungen Männer unter 19 Jahren in den Fabriken noch 11,1 Prozent der gesamten Belegschaft aus, im Jahre 1937 aber nur mehr 7,3 Prozent, während die Gruppe der über 50 Jahre alten Männer von 11,1 Prozent auf 17 Prozent gestiegen war. Die Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis 39 Jahren werden im Zeitraum von 1930 bis 1960 um 230 000 abnehmen, die Erwerbsfähigen im Alter von 40—64 Jahren dagegen um 380 000 zunehmen. Während in den Jahren 1910—1930 die jüngere Altersstufe noch $\frac{2}{3}$ aller Erwerbsfähigen umfaßte, wird sie im Jahre 1960 nur noch die Hälfte darstellen.

Die Ueberalterung bringt in der Wirtschaft eine gewisse Herabsetzung der Leistungsfähigkeit mit sich, diese kann jedoch durch Wandelung der Arbeitstechnik usw. wettgemacht werden. Infolge der stärkeren Nachfrage nach jugendlichen Arbeitskräften werden die Löhne für solche steigen, für alte Leute dagegen wegen des größeren

Angebotes sinken. Eine stärkere Einwanderung jugendlicher Arbeiter und Dienstboten ist möglich. Der wirtschaftliche Aufstieg für junge Menschen wird schwieriger werden, da ihnen die älteren Jahrgänge den Weg versperren.

Im Verbrauch der Bevölkerung wird eine Verlagerung von Milch nach Fleisch, Bekleidung, Tabak, Alkohol, Radio und Auto eintreten. Schulen und Lehrer werden abnehmen, die Nachfrage nach Kleinwohnungen wird steigen. Das Sparkapital wird anwachsen. Die Aufwendungen für Kinder werden weniger Mittel, die Fürsorge für das Alter wird bedeutend mehr erfordern. Als Gegenmaßnahmen gegen die mit der Ueberalterung verbundenen Nachteile schlägt Renggli eine bessere Ausbildung der Jugendlichen, besonders eine Erhöhung des schulpflichtigen Alters, Ausbau der Altersfürsorge, Ersatz weiblicher Arbeitskräfte durch männliche und eine Verjüngung der älteren Jahrgänge durch sportliche Betätigung vor.

Die Auswirkungen der Ueberalterung auf die Altersversicherung und -fürsorge werden von Dr. Ammann als besonders schwerwiegend nachgewiesen. Er legt dar, daß durch die großen Vermögensverluste im Weltkrieg und in der Nachkriegszeit, durch wirtschaftliche Umstellungen usw. die Altersnot auch in der Schweiz eine soziale Massenerscheinung geworden ist. Im Jahre 1920 betrug die Zahl der über 65 Jahre alten Männer in der Schweiz 97 100, im Jahre 1930 aber 119 719, die Zahl der über 65 Jahre alten Frauen im Jahre 1920 noch 129 862, im Jahre 1930 bereits 160 086. Die Altersversicherungen mancher Kantone, in denen durch Abwanderung junger Menschen die Ueberalterung sich besonders stark auswirkte (Appenzell A.-Rh. und Glarus), sind in den letzten Jahrzehnten bereits aus dem finanziellen Gleichgewicht geraten. Wenn eben Eltern nur wenig Kinder haben, so reicht die Unterstützungspflicht der letzteren nicht aus, die Armenkassen müssen stärker herangezogen werden und kommen in Schwierigkeiten. Ein junges Ehepaar kann in der Regel nicht zwei Elternpaare miternähren. Schätzungsweise ist nun heute schon $\frac{1}{3}$ der über 65 Jahre alten Männer und Frauen einer Altershilfe bedürftig. Dr. Ammann stellt deshalb folgende Richtlinien für eine schweizerische Lösung der Frage der Altersversicherung und Altersfürsorge auf: Baldige Einführung der Altersversicherung mit Kapitaldeckungsverfahren und Ausgleich zwischen den verschiedenen Kantonen, Ausbau der Altersfürsorge des Bundes im Sinne einer späteren Eingliederung in die künftige Altersversicherung, Ablehnung der Fürsorge-Initiative, allmähliche Steigerung der Bundesleistungen für Altersfürsorge bis zum Inkrafttreten eines Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung.

4. Die Ursachen des Geburtenrückgangs und ihre Bekämpfung.

Aus den von den Statistikern gelieferten Tatsachen suchte Bundesrat Dr. Etter, der nur für seine Person sprach, bestimmte Folgerungen zu ziehen. Er wies insbesondere auf die möglichen Gefahren eines ständigen Geburtenschwundes hin: Schwächung der Landesverteidigung,

Bedrohung des geistigen Nachwuchses, Erstarrung des Wirtschaftslebens wegen Verkümmern des Wagemutes der Jugend, Erschütterung des Glaubens des Schweizervolkes an sich selbst und seine Unsterblichkeit, Niedergang der geistigen Widerstandskraft gegen Einflüsse von außen.

Als Hauptursachen des Geburtenrückgangs bezeichnete Dr. Etter die fortgeschrittene Verstädterung, besonders die unerschwinglichen Wohnungsmieten für kinderreiche Familien, die Vorsorge gegen Besitzersplitterung, Bequemlichkeit und übertriebene Angst der Eltern um ihre und etwaiger Kinder wirtschaftliche Zukunft, mangelnde Ehrfurcht vor Ehe und Familie als der Quelle des Lebens und das Schwinden des Bewußtseins der Verantwortung für die eigene schöpferische Kraft gegenüber dem ewigen Schöpfer. Die Ursachen geistiger Ordnung würden überwiegen. In diesem Zusammenhang spendete Dr. Etter den europäischen Diktatoren ein unangebrachtes Lob, da deren Maßnahmen zur Hebung der Geburtenziffer nicht nur wehrpolitischen Absichten, sondern auch dem Willen zur Selbstbehauptung des eigenen Volkes und dem Glauben an Größe und Zukunft des Landes entsprängen (!). Unter Anführung von Beispielen der Geschichte wies er aber auch darauf hin, daß der unmittelbaren Einflußnahme des Staates auf Zeugungswillen und Fruchtbarkeit eines Volkes ziemlich enge Grenzen gezogen sind und daß staatliche Vorkehrungen auf diesem Gebiete den Niedergang kaum je verzögert, jedenfalls nie aufgehalten haben. Trotzdem empfahl er neben der Pflege des Familiengedankens eine Reihe von Maßnahmen in Gemeinden, Kantonen und Bund, wie gemeindliche Wohnungszuschüsse und unentgeltliche Geburtshilfe für Kinderreiche, Lehrmittelfreiheit, Abstufung des Schulgeldes nach der Kinderzahl, Stipendien für Töchterausbildung, Ausbau der steuerlichen Begünstigung der Kinderreichen, ferner Mütterferien und Taufgaben, Bekämpfung der zeugungsfeindlichen Propaganda, gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik als beste Sicherung der Familie, weitere Ausgestaltung des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung, Einführung des Familienlohnes durch Ausgleichskassen. Grundsätzlich müßten alle Schweizer Familienväter instandgesetzt werden, das Notwendige zu verdienen, um sich, Frau und Kinder standesgemäß und den heimatlichen Verhältnissen entsprechend zu ernähren. Wirtschaftlicher Schutz genüge jedoch keineswegs, am dringendsten sei eine Revision der Gewissen und der Gesinnung.

5. Aussprache und Stellungnahme.

In der Aussprache stellten sich die meisten Redner auf den Standpunkt, daß der Geburtenrückgang überwiegend auf soziale Ursachen zurückzuführen sei. Vor allem Dr. *W. Bäggli* (Wabern bei Bern) bezeichnete die heutige soziale Struktur mit ihrer einseitigen Vermögens- und Einkommensverlagerung und der dadurch bedingten wirtschaftlichen Abhängigkeit und erschwerten Selbständigmachung junger Leute sowie den protzenhaften Lebensstil der Reichen als wichtigste Ursachen des Geburtenrückgangs.

Die Präsidentin des Schweizerischen Hebammenvereins, Frau *Gletting*, prangerte neben der sozialen Lage die Vergnügungssucht weiter Kreise und die falsche frauenärztliche Beratung an.

Demgegenüber stellte Dr. med. A. *Wächter* (Zürich) klar, daß die Empfängnisverhütung heute eine viel größere Rolle als die Abtreibung spiele. Jede gesunde Frau habe den Willen zum Kinde, Frauen, die sich die Frucht abtreiben ließen, hätten in der Regel schwerwiegende Gründe dafür. Der Redner setzte sich lebhaft für die unehelichen Mütter ein, von denen der Makel der Schande genommen werden müsse.

Dr. *Niederer* (Bern) hob die segensreichen Leistungen der Krankenkassen für Geburtshilfe und Stillprämien hervor.

Der Direktor des Eidgenössischen Statistischen Amtes, Dr. C. *Brüschweiler*, machte darauf aufmerksam, daß die Aufstiegsmöglichkeiten für die Jugend nur in einer kurzen Uebergangszeit schlecht seien, später würde der Wechsel um so rascher vor sich gehen, je mehr ältere und deshalb dem Tode oder dem Ruhestand mehr ausgesetzte Leute die höheren Posten bekleideten.

Dr. *Linder* (Bern) legte dar, daß auch die Zahl der Waisen abnehme und daß mit dem Rückgang der Kindersterblichkeit eine viel größere Zahl von Kindern als früher in die Lage komme, ihre alten Eltern unterstützen zu können.

Dr. G. A. *Frey* meinte, wenn die auf der Tagung behandelten Fragen und Tatsachen schon vor 20 Jahren allgemein bekannt gewesen wären, dann hätte der Gesetzentwurf über die Altersversicherung ein weniger widriges Schicksal gehabt.

Dr. A. *Schwarz* (Bern) behauptete, daß man in der Schweiz die älteren Arbeiter in den Fabriken noch in weitestem Maße verwende. Er bezeichnete die Berechnungen über den Bevölkerungsstand im Jahre 1960 als Hypothesen, die nur durch einen seltenen Zufall wahr werden könnten.

A. *Studer-Auer* wies auf die Bestrebungen des kürzlich gegründeten Bundes »Für die Familie« hin und forderte an Stelle der üblichen Fürsorge und Almosen die Schaffung von Rechtsansprüchen für den Familienvater, besonders Kinder- und Familienzulagen. Dadurch werde auch der wünschenswerte Rückzug der verheirateten Frau aus dem Erwerbsleben gefördert.

Genosse Dr. *Max Weber* (Bern) stellte fest, zu Pessimismus gebe weniger die Tatsache Anlaß, daß weniger Menschen zur Welt kämen, als die Frage, was mit denen geschehen solle, die bereits da seien. Früher habe man aufs Geratewohl Kinder in die Welt gesetzt, heute dächten die Eltern mehr an die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Kinderaufzucht und an das Schicksal der Söhne im Massengrab. Von den Arbeitslosen im Sommer 1937 seien volle 52 Prozent über 40 Jahre alt gewesen, die durch eine längere Lebensdauer geschaffene Verlängerung der Arbeitsfähigkeit habe daher nur Zweck, wenn sie auch ausgenützt werden könne. Soziale Maßnahmen für kinderreiche Familien und die baldige Verwirklichung der Altersversicherung seien

natürlich notwendig. Aber vor einer einseitigen Betrachtungsweise müsse gewarnt werden.

Dieser Stellungnahme des Genossen Dr. *Max Weber* wird man sich anschließen müssen. Zunächst bedürfen die Untersuchungen über Geburtenrückgang und Ueberalterung noch verschiedener Ergänzungen. Vor allem wären einmal die Verhältnisse in unseren Nachbarländern zum Vergleich heranzuziehen. Sodann wäre abzuklären, wie sich der Geburtenschwund auf die verschiedenen sozialen Schichten der Bevölkerung verteilt. Erhebungen in deutschen Beamtenfamilien haben nämlich gezeigt, daß auf die Ehe eines höheren Beamten durchschnittlich 2 bis 3 Kinder, auf die eines mittleren 3 bis 4 und die eines unteren 4 bis 5 Kinder treffen. Daraus und aus der heutigen Kinderlosigkeit in der sogenannten besseren Gesellschaft haben deutsche Rassenhygieniker wie Fischer, Bauer, Lenz schon vor Hitler geschlossen, daß die »bessere Rasse« im Aussterben begriffen sei. Wahrscheinlich dürfte auch bei uns eine Verbesserung der sozialen Lage nicht ohne weiteres von einer Zunahme der Geburtenhäufigkeit begleitet sein. Man hat nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß die Fortpflanzung bei sozial bessergestellten Schichten infolge anderweitiger Ablenkung durch Sport, Reisen, geistige Genüsse und gesellschaftliche Vergnügungen nicht die gleiche Rolle spielt wie im einfachen Volk.

Sodann wäre in der Schweiz der Rückgang der Geburtenzahl nach einzelnen Kantonen zu verfolgen. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Untersuchung ergibt sich unter anderem aus der Tatsache, daß in Nordfrankreich die Geburten häufiger sind als in Südfrankreich und daß die kulturell so hochstehenden Holländer den allgemeinen Geburtenrückgang in Europa auffallenderweise nicht mitgemacht haben.

Des weiteren müßte die Geburtenhäufigkeit bei den in der Schweiz lebenden Ausländern statistisch erfaßt werden. Aus einer Bemerkung im Vortrage Dr. Bickels scheint hervorzugehen, daß sie größer ist als beim Schweizervolk. Das stimmt mit der im Ruhrgebiet beobachteten Tatsache überein, daß die Ehen der dort eingewanderten polnischen Bergarbeiter fruchtbarer als die der deutschen Arbeiter sind. Starke Zuwanderung ausländischer Arbeiter bringt aber nicht nur eine Gefahr für das heimische Volkstum, sondern infolge der oft erstaunlichen Bedürfnislosigkeit der Zuwanderer und ihrer geringen Organisierbarkeit auch eine Gefahr für die soziale Lebenshaltung der einheimischen Arbeitskräfte mit sich.

Endlich wäre der bekannten Geburtenhäufigkeit der Schwachbegabten und Schwachsinnigen auch in der Schweiz nachzugehen. Der Kenner der Verhältnisse weiß, daß die Belastung der Allgemeinheit mit Nachkommen solcher Menschen erschreckend hoch ist und dauernd steigt.

Neben diesen notwendigen statistischen Ergänzungen ist aber vor Einführung öffentlicher Maßnahmen zur Hebung der Geburtenziffer eine grundsätzliche Abklärung des Problems in staatspolitischer Hinsicht erforderlich. Gerade auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik können die Menschenrechte des einzelnen und die Bedürfnisse des

Staates miteinander in Widerspruch geraten. Eingriffe in die persönliche Freiheit müssen in der Schweiz unbedingt abgelehnt werden. Diese selbstverständliche Haltung ist im Vortrag des Bundesrats Dr. Etter nicht immer zweifelsfrei hervorgetreten. Der katholische Standpunkt zur Geburtenregelung kann aber nicht für die ganze Schweiz maßgebend sein. Wir müssen es zum Beispiel ablehnen, öffentliche Angestellte zur Ehe und Vaterschaft zwingen zu wollen, wie es in den von Dr. Etter angeschwärmten Diktaturstaaten geschieht. Wir wenden uns voll Abscheu dagegen, daß aus staats- oder wehrpolitischen Gründen unreife junge Leute zum Geschlechtsgeuß aufgereizt und Müttern von 13 und 14 Jahren Kränze gewunden werden. Die Zeugung von Kindern ist eine höchstpersönliche Angelegenheit. In einem gesunden Volk werden die Erfahrungen der Kinderlosen, die einsam altern und oft nicht wissen, wofür sie gelebt und gearbeitet haben, der Wille der Frau zum Kinde und Vaterfreude und Vaterstolz die Geburtenzahl auf einer wünschenswerten Höhe halten. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, allen Volksschichten die Aufzucht von Kindern mit allen erdenklichen Mitteln zu erleichtern, vom Ehebett wollen wir ihn aber ferngehalten wissen. Schließlich ist es wirklich eine wichtigere Aufgabe, sich um die Lebenden als um die Ungeborenen zu kümmern. Man führe eine vernünftige Wirtschaftsplanung durch, die Zehntausende zeugungsfähiger Schweizer dauernd vom Fluche der Arbeitslosigkeit, der Lebensangst und der wirtschaftlichen Unsicherheit befreit, dann werden die Schweizer Frauen nicht mehr vor jeder Schwangerschaft zittern und zagen, dann wird sich der wahre Kindersegen in vernünftigen Grenzen bei uns von selbst wieder einstellen.

Die schwedische Sozialdemokratie

Von F r i t z R ü c k

Die Industrialisierung Schwedens schuf die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für die Entwicklung der schwedischen Arbeiterbewegung. Die Anfänge waren schwer und mühsam, wie überall. Bei den ökonomischen Kämpfen um die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen stießen die Gewerkschaften nicht nur auf die gesammelte Macht der Unternehmer, sondern auch auf die Unterdrückungsmaßnahmen und die Polizei- und Militärgewalt des Staates. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bildete sich in Schweden sehr früh heraus, durch die Kollektivmitgliedschaft vieler Gewerkschaftssektionen in der politischen Partei beschränkte sie sich nicht nur auf die Zusammenarbeit der Spitzenorganisationen und Leitungen, sondern erhielt ihre breite Fundierung von unten herauf. Der Kampf für soziale und politische Reformen wurde gemeinsam geführt. Bereits in der Kampfperiode der schwedischen Arbeiterbewegung machte sich eine nüchterne, realistische Einstellung auf praktische, erreichbare Ziele bemerkbar, ob-